

II-4681 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

Zl.IV-40.004/32-2/86

des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

1031 Wien, den 6. August 1986

Stöbenring 1 Radetzkystr. 2

Telefon 75 00 Telex 111145 oder 111780

Auskunft 75-56-86 bis 99 Serie

Klappe

Durchwahl

2137/AB

B e a n t w o r t u n g

1986 -08- 1 1

der Anfrage der Abg. Dipl.Ing. ZITTMAYR
und Genossen an den Bundesminister für
Gesundheit und Umweltschutz betreffend
Verordnung über die Strahlenbelastung von
Milchprodukten (Nr. 2150/J)

zu 2150/J

In der gegenständlichen Anfrage werden folgende Fragen
gestellt:

- "1) Warum haben Sie in der Verordnung nach dem Strahlenschutzgesetz keine Übergangsregelung für Haltbarmilchprodukte wie für Frischkäse einschließlich Topfen getroffen?
- 2) Warum haben Sie bei Ihrer Verordnung das Fernschreiben der Molkereigenossenschaft Wartberg an der Krems nicht berücksichtigt?
- 3) Werden Sie den Schaden, der durch die Ungleichbehandlung der verschiedenen Milchproduktgruppen entstanden ist, den betroffenen Betrieben vergüten?
- 4) Werden Sie bei der Erlassung künftiger Verordnungen nach dem Strahlenschutzgesetz auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten Bedacht nehmen?"

Ich beehre mich, die Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zunächst muß ich darauf hinweisen, daß die in der Präambel

der Anfrage aufgestellte Behauptung, es sei mit Wirkung vom 31.5.1986 der Grenzwert für Cäsium in Trinkmilch und in flüssigen Milchprodukten von 10 Nanocurie auf 5 Nanocurie pro Liter herabgesetzt worden, nicht zutrifft.

Für Trinkmilch u.a. ist vielmehr - verlautbart am 19. Mai 1986 - mit Wirkung vom 21. Mai 1986 ein Grenzwert von 2 Nanocurie Cäsium 137 pro Liter festgelegt worden, mit der Maßgabe, daß dieser Grenzwert nach Möglichkeit nicht überschritten werden soll. Für Frischkäse und Topfen wurde eine wegen der geringen Verzehrsmengen vom Standpunkt des Gesundheitsschutzes aus vertretbare Übergangsregelung getroffen.

Zu 1) und 2):

Eine Übergangsregelung für Haltbarmilchprodukte war vom Standpunkt des Gesundheitsschutzes nicht vertretbar, da sich bekanntlich vermehrt Familien mit sehr großen Haltbarmilchvorräten eingedeckt hatten, worunter sich bedauerlicherweise neben vor dem Reaktorunfall hergestellter Haltbarmilch auch Haltbarmilch mit wesentlich überhöhten Cäsiumaktivitäten befanden.

Der fortdauernde Genuß von Haltbarmilch - vorauszusehen war ein Genuß über mehrere, vermutlich 5 Monate - mit hoher Cäsium 137 Belastung - hätte auch für Erwachsene eine nicht zu verantwortende Strahlendosis bedeutet.

Zu 3):

Wie oben dargelegt, war die "Ungleichbehandlung der verschiedenen Milchproduktgruppen" im Interesse des Schutzes der Gesundheit sachlich gerechtfertigt.

Zu 4):

Bei Erlassung von Verordnungen nach dem Strahlenschutzgesetz hat der Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz ausschließlich auf den Gesundheitsschutz der Bevölkerung Bedacht zu nehmen.

Für den Bundesminister:

